



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

„FREIHEIT!“

30 Jahre Friedliche Revolution



Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Autor

Wolther von Kieseritzky

Redaktion

Wolther von Kieseritzky,
Archiv des Liberalismus der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon: +49 30 22 01 26 34
Telefax: +49 30 69 08 81 02
E-Mail: service@freiheit.org

Stand

September 2019

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|---|------------|
| | „Freiheit!“ – 30 Jahre Friedliche Revolution | S. 04 - 05 |
| 01 | „Wir wollen raus!“ | |
| | Der „Eiserne Vorhang“ wird löchrig | S. 06 - 07 |
| 02 | „Wir bleiben hier!“ | |
| | Opposition und Bürgerbewegung im Herbst 1989 | S. 08 - 11 |
| 03 | 9. November | |
| | Die Mauer fällt | S. 12 - 13 |
| 04 | „Dialog“ | |
| | Vom Runden Tisch zu den ersten freien Wahlen in der DDR | S. 14 - 15 |
| 05 | Liberale in der Revolution | |
| | Der Weg zur ersten gesamtdeutschen Partei | S. 16 - 17 |
| 06 | „Wir sind ein Volk!“ | |
| | Das Ende der Teilung in Deutschland und Europa | S. 18 - 19 |
| 07 | Friedliche Revolution | |
| | Wiedergewonnene Selbstbestimmung | S. 20 - 21 |
| 08 | Von der Friedlichen Revolution zur Vereinigung | |
| | Ein Überblick in Zahlen | S. 22 - 23 |
| | Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit | S. 24 - 25 |
| | Bildlegenden | S. 26 - 27 |

„FREIHEIT!“

30 Jahre Friedliche Revolution

„Was kann je den Jubel über das Zerschlagen der Berliner Mauer am 9. November aus dem Gedächtnis löschen, als Menschen, die 28 Jahre getrennt waren, einander und noch ihre Wächter umarmten, um die neue Freiheit zu feiern?“, fragte der Liberale Ralf Dahrendorf 1990. Denn darum ging es den Menschen, als sie im Osten die Mauer zu Fall brachten: Freiheit.

Die Friedliche Revolution im Herbst 1989 wurde zur Geburtsstunde der liberalen Demokratie in Ostdeutschland. Voller Hoffnung und Mut nahmen die Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand, wehrten sich gegen Bevormundung und forderten Freiheit und Bürgerrechte. Wie war es dazu gekommen? Unruhe und Sehnsucht nach Freiheit hatten das sowjetisch beherrschte Osteuropa erfasst; Gorbatschows Reformversprechen von Glasnost und Perestroika, Offenheit und

Aussprache zur Erneuerung des Landes wirkten als Katalysator: In Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, in Bulgarien, Rumänien und im Baltikum wehrten sich Menschen gegen die sozialistischen Regime.

In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) beförderten Entwicklungen den gewaltigen Umbruch 1989/90: Die Flucht- und Ausreisebewegung nahm dramatisch zu, als sich die ersten Risse im „Eisernen Vorhang“ zeigten. Die über Jahre aktiven, kleinen Oppositionsgruppen erweiterten sich im Herbst 1989 zur großen Bürgerbewegung. Zugleich zeigte sich die SED-Partei- und Staatsführung reformunwillig und weitgehend verständnislos. Und schließlich hielt sich die Sowjetunion zurück und griff nicht ein – anders als noch beim Volksaufstand am 17. Juni 1953. So mündete die Revolution im März 1990 in die ersten freien Wahlen zur Volkskammer und schließlich ein halbes Jahr später in die Vereinigung mit der Bundesrepublik.



„WIR WOLLEN RAUS!“

01 Der „Eiserne Vorhang“ wird löchrig

Noch im Sommer 1989 schien die Hoffnung auf Liberalisierung und frischen Wind in der DDR vergeblich. Das hatte sich bereits zwei Jahre zuvor angekündigt: Der DDR-Chefideologe Kurt Hager etwa wies 1987 jede Notwendigkeit zur Veränderung zurück – nur weil der Nachbar neu tapeziere, so Hager über Gorbatschow, müsse man seine eigene Wohnung nicht auch renovieren. Und im November 1988 wurde die Auslieferung der reformorientierten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR untersagt. Immer mehr Menschen versuchten dieser Perspektivlosigkeit zu entkommen, wollten ausreisen oder flüchteten in die Vertretungen der Bundesrepublik in Prag, Warschau, Budapest und Berlin. Im August 1989 nutzten Hunderte DDR-Bürger die kurzzeitige Grenzöffnung beim „Paneuropäischen Picknick“ im

ungarischen Sopron zur Flucht nach Österreich – die größte Fluchtbewegung aus der DDR seit dem Bau der Mauer. Und der „Eiserne Vorhang“ wurde noch löchriger, als Ungarn einen Monat später die Grenze dauerhaft öffnete. Bald säumten zahllose zurückgelassene Trabis den Weg zur Grenze.

Bewegende Szenen in der Prager Botschaft: Als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) am Abend des 30. September 1989 vom Balkon der Prager Botschaft den über 5.000 dort teils wochenlang ausharrenden DDR-Flüchtlingen die Ausreise verkündete, war der Jubel grenzenlos. In den nächsten Tagen passierten





die Züge mit den Botschaftsflüchtlingen auf ihrer Fahrt in den Westen Dresden und Plauen – und nur mit Mühe konnte die Staatsmacht die Menschen an den weiträumig abgesperrten Bahnhöfen am Aufspringen auf die Züge hindern.

Die Sehnsucht nach Freiheit hatte die Menschen im wahrsten Sinn des Wortes bewegt: „Die Flüchtlinge haben ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und damit Geschichte geschrieben. Sie haben das Tor zur Freiheit nicht nur für sich selbst geöffnet. Der Druck auf die Mauer war unumkehrbar geworden“, so Hans-Dietrich Genscher über die dramatischen Geschehnisse 1989.

Flucht und Ausreise hatten die DDR von Anfang bis Ende wesentlich geprägt. Mit dem Aufbau des Sozialismus seit Ende der 1940er Jahre setzte ein Exodus vor allem junger sowie gut ausgebildeter Menschen ein, der sich nach der gewaltsamen Unterdrückung der Opposition und der Volkserhebung am 17. Juni 1953 noch verstärkte. Erst der Mauerbau 1961 stoppte den Strom, gewaltsam. Fortan blieben nur die Flucht bei Lebensgefahr oder der Ausreiseantrag, der Schikanen und Repression nicht nur für einen selbst, sondern auch für die Familie nach sich zog. Auch kurzzeitige Lockerungen änderten nichts, wie etwa 1984, als die DDR das Loyalitätsproblem mit der Bewilligung der vorliegenden Ausreiseanträge lösen wollte und 40.000 Bürger übersiedelten. Kurz danach lagen bereits wieder mehr als 50.000 neue Anträge vor.

Vom Sommer 1989 bis zur Währungsunion Anfang Juli 1990 nutzten über 340.000 Menschen die neuen Möglichkeiten und verließen die DDR. Den ausreisewilligen Bürgern werde er „keine Träne nachweinen“, kommentierte Erich Honecker 1989 öffentlich das Geschehen – und trieb mit dieser Verständnislosigkeit die Dynamik von Ausreise- und Protestbewegung weiter an.



„WIR BLEIBEN HIER...!“

02 Opposition und Bürgerbewegung im Herbst 1989

Neben denjenigen, die durch Ausreise oder Flucht den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR entkommen wollten, gab es zahlreiche Menschen, die versuchten, die Verhältnisse im Land zu ändern – ob im politischen Widerstand in den Gründungsjahren des Staates, in der Opposition der Intellektuellen oder in der Umwelt- und Friedensbewegung („Schwerter zu Pflugscharen“). Ende der 1980er Jahre planten viele kleine Gruppen häufig vom kirchlichen Umfeld aus ihre Aktionen, z.B. gegen die Verschmutzung der Pleiße („Umkehr zum Leben“) oder für Meinungsfreiheit bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988 in Berlin. Die Plakatierung des Rosa-Luxemburg-Zitats „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ endete mit der Verhaftung und Ausweisung zahlreicher Oppositioneller.

Neue Dynamik gewann die Opposition 1989 vor allem durch die Aufdeckung der Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen am 7. Mai. Mit der Manipulation der Wahlergebnisse hatte sich das SED-Regime sichtbar für alle ins Unrecht gesetzt.

Der Protest dagegen reichte über die bisherigen Oppositionskreise hinaus und führte schließlich zu den regelmäßigen Montagsdemonstrationen. „Freie Wahlen statt ‚Zettelfalten‘“, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit – mit solchen Forderungen wuchsen Mut und Mobilisierung; die Friedliche Revolution nahm ihren Anfang. Von Woche zu Woche wurden es mehr Menschen, die an den montäglichen Friedensgebeten mitwirkten und den Protest schließlich auf die Straße trugen. Am 25. September waren es in Leipzig bereits über 5.000 Menschen, in Plauen am 7. Oktober 10.000, und auch an anderen Orten wurde demonstriert. Am 9. Oktober, zwei Tage nach den gewaltsamen Übergriffen der Staatsmacht auf Demonstranten und Unbeteiligte am 40. Jahrestag der DDR in Berlin, war die Angst vor einer „chinesischen Lösung“ durch das Regime groß: Auf dem „Platz des Himmlichen Friedens“ in Peking hatte die chinesische Führung Anfang Juni 1989 den anfangs geduldeten Protest von



tionsjahr von August 1989 bis April 1990 über 3.000 „öffentlichkeitswirksame politische Aktivitäten“ in mehr als 500 Gemeinden und Städten – darunter Demonstrationen, Mahnwachen, Besetzungen oder Warnstreiks. Nicht eingerechnet sind die unzähligen oppositionellen Versammlungen in Kirchenräumen und Wohnungen.

Mit dem wachsenden Zulauf änderte sich der Charakter der Montagsdemonstrationen: Die Transparente und Losungen zeigten eine große politische Bandbreite; allgegenwärtig war immer noch der Ruf nach Freiheit, nach freien Wahlen, Reise- und Meinungsfreiheit und nach dem Ende der SED-Herrschaft. Zugleich formierten sich offene politische Plattformen, wie Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch oder vor allem das Neue Forum, oder als erste neue Partei die SDP (Sozialdemokratische Partei). In einer gemeinsamen Erklärung einigten sich die Gruppen am 4. Oktober auf zentrale Forderungen, wie die Ablösung der führenden Rolle der SED, die Meinungs- und Organisationsfreiheit, Bürgerrechte und Freizügigkeit.

Studentinnen und Studenten mit Waffengewalt niedergeschlagen und zahlreiche Demonstrierende getötet.

Doch die 70.000 Menschen in Leipzig überwandene ihre Angst und trotzten dem Regime. Der Erfolg am 9. Oktober wurde zur Zäsur: Die Staatsmacht war zurückgewichen, die Revolution wurde nun von einer breiten Bürgerbewegung getragen und verlief friedlich. Dabei halfen auch westliche Massenmedien – sie machten vor allem die Berliner und Leipziger Proteste öffentlich und verschafften den Forderungen der Opposition dadurch Gehör.

Auf dem Höhepunkt der Proteste kam es in der ersten Novemberwoche zu über 200 Demonstrationen mit 1,4 Mio. Teilnehmern; allein am 4. November gab es neben der mit 500.000 Menschen größten Kundgebung auf dem Alexanderplatz in Berlin weitere Demonstrationen in 42 Orten. Insgesamt organisierte die Bürgerbewegung im Revolu-



Transparente und Sprechchöre der Leipziger Montagsdemonstrationen vom 04. September bis 04. Dezember 1989 (Auswahl):

04.9. – 06.11.

Forderungen vor
dem Mauerfall

FÜR EIN OFFENES LAND MIT FREIEN MENSCHEN!
REISEFREIHEIT STATT MASSENFLUCHT!

WIR WOLLEN RAUS!

WIR BLEIBEN HIER!

KEINE GEWALT!

SCHLIESST EUCH AN!

WIR SIND DAS VOLK!

FREIE WAHLEN!

STASI IN DIE VOLKSWIRTSCHAFT!

NUR GETEILTE MACHT IST GUTE MACHT!

MEIN VORSCHLAG FÜR DEN 1. MAL: DIE FÜHRUNG

ZIEHT AM VOLK VORBEI!

DIE MAUER MUSS WEG!

WIEDERVEREINIGUNG!

DER ANFANG IST GEMACHT!

VOLKSENTSCHEID ZUR WIEDERVEREINIGUNG!

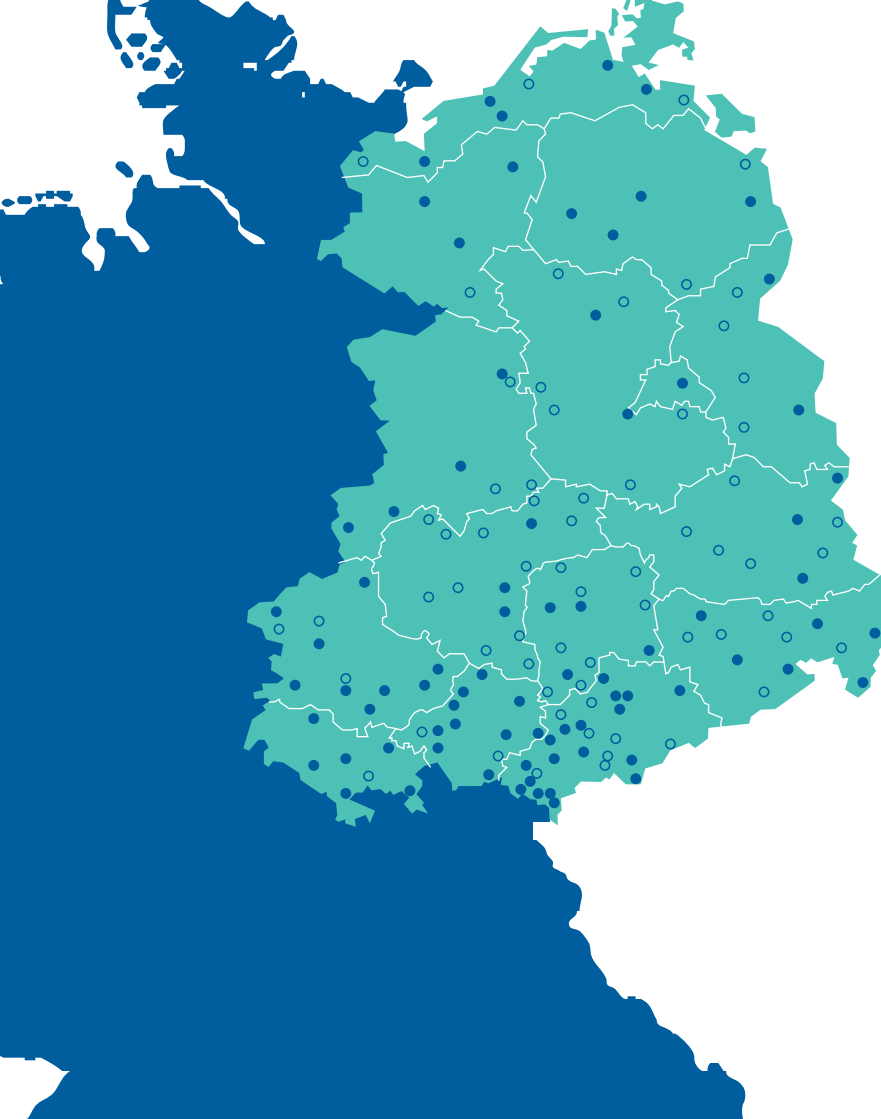
JA ZU REFORMEN - NEIN ZUR WIEDERVEREINIGUNG!

DAS LAND IST BALD LEER, EINIGKEIT MUSS HER!

KEINE EXPERIMENTE MEHR, WIEDERVEREINIGUNG JETZT!

13.11. – 04.12.

zusätzliche Forderungen
nach dem Mauerfall
am 09.11.



Karte der Demonstrationsorte in der DDR im Herbst 1989

- Mehr als 10 Demonstrationen
- Weniger als 10 Demonstrationen
- Bezirksgrenzen 1989

Es wurden nur Orte mit mehr als
4 registrierten Aktivitäten berücksichtigt.

Quelle: Bernd Lindner: Die demokratische
Revolution in der DDR 1989/90, aktualisierte
Aufl. Bonn 2010, S. 120

9. NOVEMBER

03 Die Mauer fällt

„Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. [...] Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu West-Berlin erfolgen. [...] Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich.“ Was Günter Schabowski, SED-Politbüro-Mitglied und Regierungssprecher, am Abend des 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz eher verdruckst verkündete, verbreitete sich über die Medien minutenschnell in alle Welt: Die DDR öffnet ihre Grenzen! So lautete die Nachricht schlagzeilengerecht verkürzt, was eine eigene Dynamik entfaltete. Denn immer mehr Menschen strömten nun „unverzüglich“ in den nächsten Stunden zu den Grenzübergängen der Berliner Mauer und begehrten hartnäckig Durchlass. Was war geschehen? Nach der gefährlichen Flucht über die bundesdeutschen Botschaften, nach der Grenzöffnung durch Ungarn und der Ankündigung der Tschechoslowakei, die Grenze zum Westen durchlässig machen zu





wollen, stand das Zentralkomitee (ZK) der SED unter Druck. Es beschloss am 9. November eine neue Reise-
regelung, die aber weder den Medien noch den DDR-Be-
hörden vorlag, als sie auf der Pressekonferenz – ver-
früht – mitgeteilt wurde. Die ebenfalls ohne Anweisung
gebliebenen Grenzsoldaten mussten nun selbst die
Entscheidung treffen – und reagierten angesichts des
Ansturms der Menschen mit dem Öffnen der Tore. Auch
die Sowjetunion war über das Geschehen nicht informiert;
dass die Truppen dann nicht mobilisiert wurden, war ein
weiteres Zeichen, dass sie – anders als am 17. Juni 1953
– nicht gewaltsam eingreifen würde.
Die Maueröffnung änderte alles: So wie die gewaltfrei
gebliebene Montagsdemonstration am 9. Oktober den
Mut der stark gewordenen Opposition bekräftigte und die
Weichen für den friedlichen Sturz des SED-Regimes stell-
te, setzte der 9. November den Zug auf das Gleis Richtung

Systemwechsel und Einheit – ein revolutionärer Wende-
punkt, als sich das Volk der neuen Bewegungsfreiheit
bemächtigte.

Der Mauerfall setzte auch die deutsche Frage un-
mittelbar auf die Tagesordnung – alle Akteure, SED,
Opposition, Bürgerbewegung – und auch der Westen –
mussten sich nun dem Thema „Wiedervereinigung oder
weitere Eigenstaatlichkeit der DDR“ stellen. So wurde
die neue, massenhaft genutzte Freiheit, in den Westen
zu fahren, zum Lackmустest für den von manchen
Oppositionsgruppen erträumten Dritten Weg. Wie wenig
Resonanz diese Idee einer „reformierten“ DDR jedoch
bei den Menschen fand, sollten die Wahlen im März
1990 zeigen.



„DIALOG“

04 Vom Runden Tisch zu den ersten freien Wahlen in der DDR



Dass nicht einmal ein Jahr nach dem Mauerfall bereits die Vereinigung gefeiert würde, ahnte zu diesem Zeitpunkt niemand. Wie im Zeitraffer vollzogen sich nun die Überwindung der vierzigjährigen SED-Herrschaft und die Einführung demokratischer Strukturen.

Die faktische Öffnung der Grenzen hatte der DDR-Staatsführung keine Entlastung verschafft – im Gegenteil: Im ganzen Land bildeten die immer zahlreicher werdenden Demonstrationen Zeichen der erstarkenden Bürgerbewegung, die auch viele bisher Unbeteiligte einschloss. In die Forderungen mischte sich nun häufiger der Ruf nach der Einheit – neben „Wir sind das Volk!“ trat „Wir sind ein Volk!“. Und unverändert zweifelten viele Menschen grundsätzlich an einer Reformierbarkeit des Systems, misstrauten den wolkigen „Wende“-Beteuerungen der SED, wie sie Egon Krenz bei seinem Amtsantritt als Nachfolger von Erich Honecker verkündet hatte. „Dialog“ wurde zum Schlagwort der Zeit: Ursprünglich von der SED mit der Absicht propagiert, die Situation in ihrem Sinn zu „wenden“, nutzten es bald die Bürger-

rechtler. Aus manchen Protestaktionen heraus hatten sich Vertretungen der Opposition für einen „offenen Dialog“ mit den Machhabern gebildet, in Plauen oder in Dresden z.B. mit der „Gruppe der Zwanzig“. Öffentliche Diskussionen zwischen Bürgern, Oppositionellen und SED-Funktionären fanden statt, am bekanntesten die „Gewandhaus-Dialoge“ in Leipzig oder die „Sonntagsgespräche“ in Berlin.

Um die Zukunft des Landes wurde sowohl auf der Straße und in den Gesprächsforen als auch bald in den Verhandlungen der in Berlin und den DDR-Bezirken eingerichteten Runden Tische gerungen. Nach polnischem Vorbild berieten hier die führenden Oppositionsgruppen mit der Regierung über den Umbau des Staates. Die Zusammensetzung des in Berlin erstmals am 7. Dezember tagenden Zentralen Runden Tisches war genau ausgeklügelt: Vertreter der Bürgerbewegung, der früheren Blockparteien und Massenorganisationen, aber auch neuer Parteien, der Kirchen sowie



der SED und der Regierung erarbeitet in 16 Sitzungen fast einhundert Beschlüsse zur Reform der Gesellschaft, des Militärs oder des Staatssicherheitsdienstes.

Hier fiel auch die Entscheidung für die am 18. März 1990 abzuhaltenden ersten freien Wahlen in der DDR – einem symbolträchtigen Tag, der an den Ausbruch der Revolution von 1848 in Berlin erinnerte. Ausschlaggebend für das frühe Datum – ursprünglich hatte der „Runde Tisch“ den 6. Mai beschlossen – waren der Druck der Demonstrationen, die anhaltend starke Ausreisewelle, aber auch die Sorge vor einer Konsolidierung der SED-Herrschaft, die unverändert die Schaltstellen der Macht in Staat und Gesellschaft besetzt hielt. Die amtierende Regierung unter Hans Modrow besaß keine demokratische Legitimation – daran änderte auch die Anfang Februar 1990 erfolgte Aufnahme von Vertretern der Bürgerbewegung als „Minister ohne Verantwortungsbereich“ in die „Regierung der

Nationalen Verantwortung“ nichts grundsätzlich.

Die bevorstehenden Wahlen zwangen die Oppositionsgruppen zur stärkeren programmatischen Profilierung und Organisationsbildung – schwierige Akte der Selbstverständigung, die innerhalb weniger Wochen zu leisten waren. Zugleich erweiterten sich die bei Protesten von den Teilnehmern erhobenen Forderungen: Auf großen Demonstrationen im Dezember – in Dresden mit Bundeskanzler Helmut Kohl und in Halle, seiner früheren Heimat, mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher – machten viele Menschen deutlich, wohin die Reise gehen sollte: kein weiteres sozialistisches Experiment, kein Dritter Weg, sondern die Einheit in Freiheit.



LIBERALE IN DER REVOLUTION

05 Der Weg zur ersten gesamtdeutschen Partei

Auch bei den einstigen Partnern der SED, den Blockparteien, regte sich zunehmend Reformgeist: Die LDPD beendete am 4. Dezember ihre Mitarbeit im SED-geführten Demokratischen Block und erklärte wenige Wochen später das sozialistische Gesellschaftsmodell für überholt. Reformdruck kam vor allem von der Parteibasis, während die Führung eher ambivalente Signale gab. Zunächst hatte der Parteivorsitzende Manfred Gerlach den seit Mitte der 1980er Jahre eingeschlagenen Kurs der „Eigenständigkeit“ der LDPD fortgesetzt und Mitte September 1989 mit den Worten „Widerspruch ist nicht Opposition“ einen neuen gesellschaftlichen Dialog gefordert. Anfang November trafen sich Vertreter der LDPD mit Bürgerrechtlern von Neuem Forum und Demokratischem Aufbruch, schließlich forderte Gerlach auf einer Demonstration am 4. November in Berlin den Rücktritt der Regierung. Zugleich hielt er noch bis Ende November an einer Erneuerung des Sozialismus fest, wie sie auch die vom Zentralvorstand der LDPD am 14. November beschlossenen „Leitsätze“ vorsahen. Am 6. Dezember wurde

Gerlach als Nachfolger von Egon Krenz Vorsitzender des Staatsrats der DDR und damit Staatsoberhaupt, was er bis zur Regierungsbildung nach den Volkskammerwahlen im April blieb.

Auf die rasante Entwicklung im Herbst 1989 reagierte die LDPD-Führung insgesamt zögerlich; sie verpasste die Chance, den demokratischen Erneuerungsprozess anzuführen. Enttäuscht über den zurückhaltenden Reformwillen ihrer Partei betrieben einige ehemalige LDPD-Mitglieder noch im Dezember die Gründung der Deutschen Forum-Partei, eine Abspaltung des Neuen Forums, sowie der F.D.P. in der DDR. Beide Gruppen hatten ihre Gründungsversammlungen Ende Januar und waren auch am Runden Tisch vertreten. Zur Volkskammerwahl fanden sich die drei liberalen Parteien als Bund Freier Demokraten (BFD) zusammen, nachdem auf dem Reformparteitag der LDP(D) am 9./10. Februar 1990 in Dresden

Rainer Ortleb den bisherigen Parteivorsitzenden Gerlach abgelöst hatte. Unterstützung erfuhren die liberalen Parteien in der DDR auch durch bundesdeutsche Liberale, z.B. vom aus Dresden stammenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick und vom Bundesvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff. Mit einer gemeinsamen Liste erreichte das Bündnis bei den Wahlen am 18. März 5,3 %. In den nächsten Monaten wurde der Zusammenschluss weiter betrieben und am 11. August 1990 gelang in Hannover die Vereinigung der drei liberalen Parteien in der DDR mit der westdeutschen FDP zur ersten gesamtdeutschen Partei – noch vor der staatlichen Einheit.

Es ist Frühling
und wir sind (so) frei
LDP
Die Liberalen



**"WIR SIND
"EIN VOLK!"**

06 Das Ende der Teilung in Deutschland und Europa

Nach der Volkskammerwahl wurde eine große Koalition aus der siegreichen Allianz für Deutschland, den Sozialdemokraten und den Liberalen gebildet; am 12. April wählte die Volkskammer Lothar de Maizière zum ersten, frei gewählten Ministerpräsidenten in der Geschichte der DDR. Seitens der Liberalen traten Kurt Wünsche als Justizminister, Axel Viehweger als Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft sowie Manfred Preiß für regionale und kommunale Angelegenheiten in die Regierung ein.

Die Wahlen bedeuteten eine eindeutige Willensbekundung für die Vereinigung mit der Bundesrepublik. Dass dies auch eine innenpolitische Notwendigkeit – in West wie Ost – darstellte, machte der unverminderte Flüchtlingsstrom aus der DDR deutlich. „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr“ war kein seltener Satz auf den Demonstrationen seit Anfang des Jahres. Allein im ersten Halbjahr 1990 gingen fast 240.000 Menschen in den Westen, deren Versorgung mit Wohn-

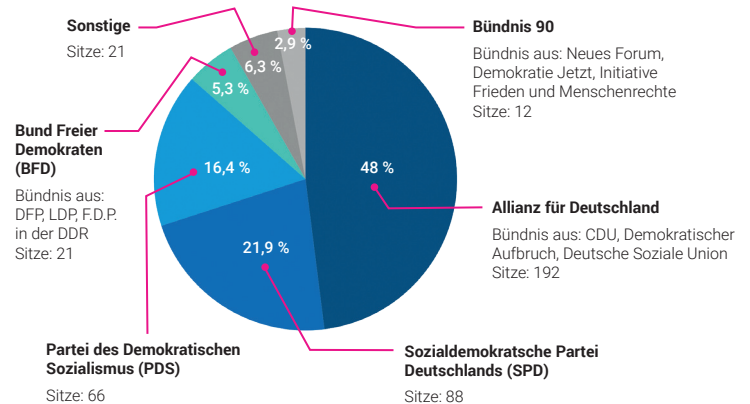
raum und Arbeitsmöglichkeiten inzwischen viele westliche Kommunen vor Probleme stellte.

Wie der Weg zur Einheit am besten zu beschreiten sei, stand im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen der kommenden Monate. Verschärft wurde die Situation durch die mittlerweile bekannt gewordene tatsächliche Lage der Wirtschaft in der DDR, deren Bilanz, Verschuldung und Produktivität defizitärer war, als zuvor öffentlich zugegeben worden war. Dem wachsenden Druck begegneten die beiden Staaten mit der Vereinbarung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als Vorstufe zur Vereinigung. Träger der bisherigen Staatswirtschaft wurde die bereits am 1. März von der Regierung Modrow gegründete Treuhandanstalt. Verfassungsrechtlich beschloss die Volkskammer nach öffentlicher und kontroverser Debatte am 22. August den Beitritt zur Bundesrepublik nach Art. 23 des Grundgesetzes – die andere Möglichkeit, nach Art. 146, hätte



die Erarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung erfordert. Anstelle der 1952 begründeten Bezirke der DDR traten in Wiederanknüpfung an die föderale Tradition die fünf „neuen“ ostdeutschen Länder, mit Wahlen der Landtage am 14. Oktober 1990. Außenpolitisch wurde die Vereinigung zur Stunde der klassischen Kabinettpolitik: Nur im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas werde auch die deutsche Frage gelöst – dieses Credo liberaler Außen- und Deutschlandpolitik bewährte sich in dem kurzen Zeitraum zwischen Mauerfall und Vereinigung. Nachdem Michail Gorbatschow im Februar 1990 den Deutschen die Selbstbestimmung zugestanden und Hans-Dietrich Genscher die Alliierten erfolgreich auf die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen festgelegt hatte, waren die wesentlichen Voraussetzungen für die Klärung der künftigen Rolle Deutschlands geschaffen. Bei ihren Gesprächen mit Gorbatschow und dem russischen Außenminister Eduard Schewardnadse im Kaukasus erreichten Kohl und Genscher schließlich im Juli die endgültige Zusicherung der vollen Souveränität – dies bedeutete zugleich die Integration des ganzen Deutschlands in das westliche Bündnis. Mit der von Genscher frühzeitig vertretenen endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze wurde auch eines der letzten bedeutenden Hindernisse für die Vereinigung aus dem Weg geräumt.

Ergebnis der Volkskammerwahl am 18. März 1990



FRIEDLICHE REVOLUTION

07 Wiedergewonnene Selbstbestimmung

Die Friedliche Revolution brachte 45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs Freiheit und Bürgerrechte auch für die Menschen im Osten Deutschlands. Sie war Teil des fundamentalen Umbruchs in Osteuropa. Nicht zu unterschätzen für das Selbstverständnis der Opposition in Osteuropa war der KSZE-Prozess – seit Beginn der 1970er Jahre besonders befördert von den Außenministern Walter Scheel (FDP) und Hans-Dietrich Genscher (FDP). Mit der Schlussakte von Helsinki 1975 verpflichtete sich auch der Ostblock auf die Menschen- und Bürgerrechte – dem widersprach zwar die Realität in manchen Staaten, die Opposition konnte sich aber auf diesen humanitären „Korb 3“ berufen. Dass der Protest in der DDR – anders als 1953 – erfolgreich war und es nicht zu Gewalt, nicht zu einer „chinesischen Lösung“ kam, verdankt die Revolution wesentlich den vielen Mutigen, die über Jahre hinweg in der Opposition Alternativen zum Regime aufzeigten und 1989 mit der Losung „Keine Gewalt“ auf die Straße gingen.

Die Kernforderungen der Friedlichen Revolution sind inzwischen selbstverständlich verankert: Grund- und Bürgerrechte, Recht auf Freizügigkeit, freie Wahlen und Selbstbestimmung. „1989“ steht als wegweisende Zäsur für die liberale Demokratie in Deutschland – nicht für ein „Ende der Geschichte“, sondern vielmehr für ihren „Wiederbeginn“ (Ralf Dahrendorf), für den Sieg der Selbstverantwortung über die Bevormundung. Die Ideen von 1989 sind Teil der deutschen Demokratiegeschichte und als erfolgreicher Widerstand gegen die Unfreiheit zu würdigen.





Heute, in Zeiten des aufstrebenden Populismus, gilt es umso mehr, die Freiheit und die Werte der liberalen Demokratie zu verteidigen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit über 60 Jahren weltweit für die Ideen des politischen Liberalismus ein. Als politische Bildungseinrichtung und Think Tank arbeitet sie dafür, dass mehr Menschen in Frieden leben und selbstbestimmt in Freiheit das eigene Leben in einer offenen Gesellschaft gestalten können.

VON DER FRIEDLICHEN REVOLUTION ZUR VEREINIGUNG

Ein Überblick in Zahlen

08



ZIVILGESELLSCHAFT
(OPPOSITION, BÜRGERBEWEGUNG)

STAAT



1985
11.03.

Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU, Ankündigung von „Glasnost“ und „Perestroika“.

1989
06.02.

„Runder Tisch“ in Polen: Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition; nach dem Wahlsieg der Solidarność wird am 24.8. Tadeusz Mazowiecki Ministerpräsident.

1989
07.05.

Massive Wahlmanipulationen bei den Kommunalwahlen in der DDR.

1989
07.05.

Aufgrund der Wahlfälschung an jedem 7. Tag eines Monats Protestdemonstration der Oppositionellen.

1989
19.08.

Die kurzzeitige Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze beim „Paneuropäischen Picknick“ in Sopron nutzen hunderte DDR-Bürger zur Flucht.

1989
03./04.06.

Chinas Führung schlägt Protest der Studierenden auf dem Tiananmen-Platz in Peking blutig nieder; die DDR-Volkskammer begrüßt das Vorgehen am 8.6. einstimmig.

1989
04.09.

Nach den Friedensgebeten in der Nikolaikirche erste Montagsdemonstration in Leipzig mit 800 Menschen, u.a. Rufe: „Wir wollen raus“ und „Wir bleiben hier“; in den nächsten Wochen wachsende Teilnehmerzahlen und Proteste an weiteren Orten; Übergriffe der Polizei und Festnahmen.

1989
08.08.

Aufgrund der wachsenden Zahl von DDR-Flüchtlings werden Vertretungen der Bundesrepublik wegen Überfüllung geschlossen: am 8.8. Ost-Berlin, 13.8. Budapest, 22.8. Prag, 19.9. Warschau. Flüchtlinge klettern weiter über die Zäune auf das Gelände.

1989
09./10.09.

Gründung des „Neuen Forum“, dessen Aufruf „Aufbruch 89“ unterstützen bald 200.000 Bürger; weitere Oppositionsgruppen: „Demokratie jetzt“ (12.9.), Aufruf zur Gründung der SDP (31.8., Parteigründung am 7.10.), „Demokratischer Aufbruch“ (1.10., Parteigründung 29.10.).

1989
04.10.

Gemeinsame Erklärung der Oppositionsgruppen zur Erneuerung des Landes.

1989
02.10.

Leipziger Montagsdemonstration mit 15.000 Teilnehmern, erstmals mit dem Ruf „Wir sind das Volk“. Übergriffe und Festnahmen durch die Polizei wie an den Montagen zuvor, Proteste auch in anderen Orten.

1989
07.-08.10.

Zahlreiche Demonstrationen in vielen Orten der DDR, u.a. in Plauen mit 10.000 Menschen, Gewaltanwendung durch die Polizei und Festnahmen; in Dresden bildet sich aus der Opposition die „Gruppe der 20“ für Gespräche mit der Stadt.

1989
04.10.

Gewaltanwendung gegen Personen in Dresden, Plauen, Bad Schandau mit bis zu 20.000 Personen, die an die Züge mit den aus der Prager Botschaft Ausreisenden wollen.

1989
30.09.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet in der Prager Botschaft den über 5.000 Flüchtlingen die Zusage der Ausreise – in Sonderzügen über das DDR-Territorium.

1989
18.10.

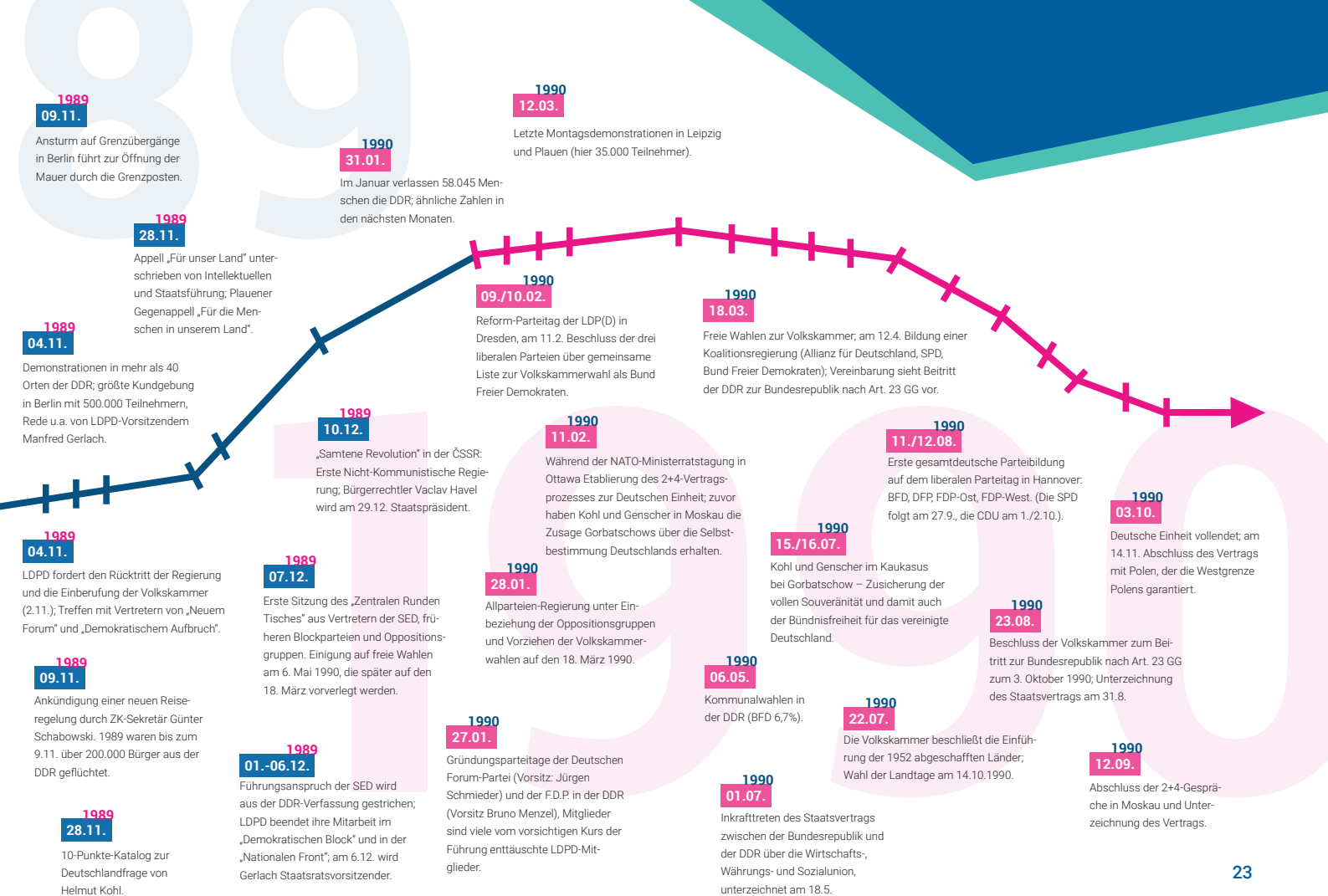
Egon Krenz wird Nachfolger von Erich Honecker als Generalsekretär des ZK der SED und am 24.10. zum Staatsratsvorsitzenden gewählt.

1989
11.09.

Vollständige Grenzöffnung in Ungarn: Innerhalb von drei Tagen kommen 15.000 DDR-Bürger in den Westen, bis Ende Oktober 50.000.

1989
07.-08.10.

7.10. Feier des 40. Jahrestags der DDR in Berlin im Beisein der Vertreter aller sozialistischen Staaten.





DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Für den liberalen Vordenker Friedrich Naumann stand fest: Eine starke Demokratie braucht mündige Bürger. Erst wenn der Einzelne am politischen Prozess teilnimmt und Verantwortung trägt, wenn er sich einmischt und seine Meinung vertritt, wächst und gedeiht eine liberale Gesellschaft. Die nach ihm benannte Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung am 19. Mai 1959 durch Bundespräsident Theodor Heuss für die Werte der Freiheit, für Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Deutschland und in der Welt ein.

Im Sinne des Begründers der liberalen Erwachsenenbildung setzt sich die Stiftung dafür ein, dass es auf der ganzen Welt weniger abhängige und mehr selbstbewusste, politisch aktive Bürger gibt - durch die internationale Stiftungsarbeit in über 60 Ländern, Studien- und Promotionsstipendien an Bewerber im In- und Ausland, politische Bildungsangebote, Veranstaltungen und Publikationen sowie historische Forschungsarbeit.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wirbt für Freiheit und darum, die Verantwortung wahrzunehmen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist. Sie fördert eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft - mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen zu ermöglichen.

www.freiheit.org

FRIEDRICH NAUMANN

(1860 – 1919), Namensgeber der Stiftung



BILDLEGENDEN

| | | | |
|----------|--|----------|---|
| Cover | West Germans Celebrate The Unification Of Berlin Atop The Berlin Wall During The Collapse Of Communism In East Berlin On November 12, 1989. Quelle/Rechte: Getty Images (Stephen Jaffe) | Seite 12 | Öffnung der Grenze am 12.11.1989 in Ellrich (Thüringen)/Walkenried (Niedersachsen). Quelle/Rechte: picture alliance 2412110 (dpa-Bildarchiv) |
| Seite 5 | Transparente auf der ersten Montagsdemonstration in Leipzig am 4.9.1989. Quelle/Rechte: picture alliance 2110310 (Wolfgang Kumm/dpa) | Seite 13 | Öffnung der Mauer am 12.11.1989 Bernauer Str./Oderberger Str. in Berlin. Quelle/Rechte: picture alliance 15278451 (Hansjörg Hörselejau/dpa-Report) |
| Seite 5 | Vom Balkon der Prager Botschaft verkündet Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am Abend des 30.9.1989 den über 5.000 Flüchtlingen ihre bevorstehende Ausreise in die Bundesrepublik. Quelle/Rechte: picture alliance 52389034 (Reinhard Kemmether/dpa) | Seite 13 | Botschaftsflüchtlinge besteigen im Prager Bahnhof Liben die Züge, die sie über Dresden und Bad Schandau nach Hof in den Westen bringen sollen, 3.10.1989. Quelle/Rechte: picture alliance 13020486 (ZB/CTK/dpa-Report) |
| Seite 6 | DDR-Flüchtlinge am 4.9.1989 im ungarischen Lager Csilleberc auf dem Weg in den Westen. Quelle/Rechte: picture alliance 13092402 (Istvan Bajzat/dpa) | Seite 15 | Streik von Ost-Berliner Bauarbeitern am 11.1.1990 Unter den Linden zur Unterstützung der Opposition beim Runden Tisch, Transparent mit der Aufschrift: „SED-PDS tretet zurück. Wir wollen die Wiedervereinigung!“ Quelle/Rechte: picture alliance 34708260 (Paul Glaser/dpa-Zentralbild) |
| Seite 7 | Flucht in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag am 3.10.1989. Quelle/Rechte: picture alliance 19381046 (CTK/dpa) | Seite 15 | „Zentraler Runder Tisch“ von Oppositionsgruppen, Parteien, Massenorganisationen und DDR-Regierung in Berlin-Niederschönhausen, Sitzung am 29.1.1990. Quelle/Rechte: picture alliance 34714264 (Paul Glaser/dpa-Zentralbild) |
| Seite 7 | Tschechische Polizei versucht DDR-Bürger an der Flucht in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag zu hindern, 10.2.1989. Quelle/Rechte: picture alliance 42322068 (Diether Endlicher/AP) | Seite 15 | Dresden am 30.10.1989 – Mitglieder der oppositionellen „Gruppe der 20“ (Teilnehmer der Dresdner Demonstrationen), diskutieren mit Repräsentanten von SED und Stadtregierung. Quelle/Rechte: picture alliance 17460374 (Ulrich Hässler/dpa-Zentralbild) |
| Seite 9 | Während die DDR-Führung am 7.10.1989 im Palast der Republik den 40. Jahrestag der DDR feiert, kommt es bei Protesten zu gewaltsamen Übergriffen der Polizei und zahlreichen Festnahmen. Quelle/Rechte: picture alliance 52668189 (Heikki Saukkomaa/dpa) | Seite 15 | SED-Dialogversuche – Ost-Berlins Bürgermeister Erhard Krack (Bildmitte), diskutiert am 21.10.1989 mit Demonstranten in Berlin. Quelle/Rechte: picture alliance 53156213 (AFP) |
| Seite 9 | Mahnwachen der Bürgerbewegung an der Berliner Gethsemanekirche für die am 7.10.1989 Verhafteten, 18.10.1989. Quelle/Rechte: picture alliance 52612511 (Chris Hoffmann) | Seite 17 | Sloganplakat „Es ist Frühling und wir sind (so) frei“ der LDP(D) zur Volkskammerwahl am 18.3.1990. Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus P3-568 |
| Seite 9 | Immer mehr Menschen beteiligen sich an den Montagsdemonstrationen in Leipzig: Am 9. Oktober 1989 werden es über 70.000 – der Wendepunkt der Friedlichen Revolution. Quelle/Rechte: picture alliance pa 2401662 (ADN Zentralbild/dpa) | Seite 17 | Libérale Vorsitzende vor dem Dresdner Zwinger: v.l.n.r. Otto Graf Lambsdorff (FDP), Jürgen Schmieder (DFP), Bruno Menzel (FDP-DDR), Rainer Ortleb (LDPD) und Wolfgang Mischnick (FDP-Fraktionsvorsitzender), Februar 1990. Quelle/Rechte: Foto Darching. Nutzungsrecht Friedrich-Naumann-Stiftung/Archiv des Liberalismus FD-418a |
| Seite 11 | Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn 2010, S. 120 | | |



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

- Seite 17 Die Parteivorsitzenden Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Manfred Gerlach (LDPD) beim LDPD-Reformparteitag am 9.-10.2.1990 in Dresden. Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus FD-414c
- Seite 17 FDP-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Mischnick auf einer Wahlkampfveranstaltung zur Volkskammerwahl am 18.3.1990 im sächsischen Löbau. Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus FM5-417a
- Seite 17 Vereinigungsparteitag der Liberalen vom 11.-12. August 1990 in Hannover: Auf dem Podium (v.l.n.r.) Otto Graf Lambsdorff (FDP), Bruno Menzel (FDP-DDR), Lothar Ramin (DFP) und Rainer Ortleb (LDP). Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus FD-96a
- Seite 19 Ministerpräsident Lothar de Maizière und Hans-Dietrich Genscher während des Abschlusses der 2+4-Verhandlungen zur deutschen Einheit im Moskauer Hotel „Oktober“ am 12.9.1990. Quelle/Rechte: picture alliance 10105837 (Thomas Uhlemann/dpa-Zentralbild)
- Seite 19 Unterzeichnung des Abschlusss dokumentes der 2+4-Verhandlungen durch die Außenminister in Moskau, 12.9.1990, am Tisch (v.l.n.r.) James Baker (USA), Douglas Hurd (Großbritannien), Eduard Schewardnadse (Sowjetunion), Roland Dumas (Frankreich), Lothar de Maizière (DDR), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland), stehend hinter Dumas: Michail Gorbatschow. Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus FD-201
- Seite 21 Maueröffnung: Menschen am Brandenburger Tor in der Nacht vom 10./11.11.1989. Quelle/Rechte: picture alliance 21481990 (Uwe Gerig)
- Seite 21 Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein tschechischer Kollege Jiří Dienstbier durchtrennen am 23.12.1989 den Grenzzaun zwischen beiden Staaten in Waidhaus/Rozvadov. Quelle/Rechte: picture alliance 103839029 (Reinhard Krause/Reuters)
- Seite 24 Truman Haus und Neubau: Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg. Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus F20-173
- Seite 25 Friedrich Naumann lesend im Ledersessel, um 1905. Quelle/Rechte: Archiv des Liberalismus FN3-10b
- Seite 27 Transparent auf der Montagsdemonstration am 9.10.1989 in Leipzig. Quelle/Rechte: picture alliance 47955142 (Heikki Saukkomaa/Lehtikuva Oy)



Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam

www.freiheit.org